

Tschüss Oskar! Warum wir weder Lafontaine noch der PDS/Linkspartei trauen

Privatisierung bekämpfen? Hartz IV und 1-Euro-Jobs abschaffen?

Der PDS/Linkspartei ist nicht zu trauen. Eine ihrer zentralen Parolen im Frankfurter Wahlkampf ist die Behauptung, sie sei gegen Privatisierung und Hartz IV. Das ist gelogen:

- Anstatt konsequent die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs und die Beendigung dieses Sozialterrors zu fordern, wollte die PDS im Römer an Hartz IV nur herumbasteln. Sie lehnte plötzlich nur noch »die Ausweitung« von **Ein-Euro-Jobs** ab. Sie sollten **nicht abgeschafft, sondern bloß befristet** werden (vgl. PDS-Antrag NR 1487).

- Die PDS hat in der letzten Wahlperiode (2001-2006) im Römer häufig **dem Verkauf von städtischem Grund und Boden zugestimmt**. Das untergräbt städtischen Wohnungsbau und die Planungsautonomie der Kommune.

Dort **wo die PDS in der Landesregierung ist**, in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern, oder wo sie zu kommunalen Mehrheiten beiträgt wie im Stadtrat von Dresden betreibt sie **brutale Privatisierung, Sozialabbau und Gesundheits- und Naturzerstörung**.

Die PDS/Linkspartei wird in diesem Staat **für die Elendsverwaltung gebraucht. Sie ist dafür besonders geeignet solange ihre AnhängerInnen sie für eine linke Partei halten** und den Weg der Anpassung mitgehen. Die PDS/Linkspartei ist auf dem Weg zur neoliberalen Partei. Ihre Funktion ist das **Kanalieren der Proteste**. Sie befriedet einen Teil der ostdeutschen Bevölkerung und auch der traditionellen Westlinken. **Wo sie mitregieren darf, finden wir sie an vorderster Front von Verarmung und Privatisierung**. Wir kennen das von den Grünen aus den neunziger Jahren: links blinken, rechts fahren. – Aber das Leben ist zu kurz und die Verhältnisse für viele Menschen zu unerträglich, um einen ähnlichen Niedergang zu wiederholen.

Die Illusionen vieler PDS/Linkspartei-AnhängerInnen schwächen die Linke. Das erklärte Ziel der führenden Leute, egal ob Oskar Lafontaine oder Gregor Gysi, Lothar Bisky oder André Brie, unterstützt von einer Funktionsoligarchie und einer Parteimehrheit, ist die Verschmelzung mit der SPD in ein paar Jahren (auch im Frankfurter Römer war die PDS/Linkspartei von 2001 bis 2006 ein braves Anhängsel der SPD).

Werte PDS/LinksparteiwählerInnen: Ihr wollt das so? Dann können wir Euch auch nicht helfen. **Eine »neue linke« Politik kommt dabei nicht heraus!**

Was die PDS/Linkspartei wirklich ist, lässt sich handfest beobachten, wo sie mitregiert: in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und z.B. im Stadtrat von Dresden.

Die SPD/PDS-Regierungen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern stehen für die Privatisierung öffentlichen Eigentums und den Austritt dieser Länder aus dem Bundesverband öffentlicher »Arbeitgeber«.

PDS-Privatisierungen und Hartz IV in Berlin

Berlin ist dank PDS und SPD die »Hauptstadt« **ungeschützter Arbeitsverhältnisse** (DGB Berlin-Brandenburg). Offizielle Arbeitslosenquote: 20,5 Prozent. 21 000 Ein-Euro-Jobs: Unter der Mitregierung der PDS sinkt die Zahl der Beschäftigten und wächst die von Erwerbslosen und Ein-Euro-Jobbern. In Kreuzberg-Friedrichshain (Bürgermeister: PDS/Linkspartei!) wurde z.B. eine ganze Dienststelle geschlossen und durch 60 Ein-Euro-Jobber ersetzt.

- **PDS-Haushaltssanierung bedeutet: Hoch lebe Hartz IV!**

»Links« sein à la »Links«partei bedeutet unter anderem die **Zerstörung von Flächentarifverträgen**. Die PDS ist mitverantwortlich für die Flucht Berlins aus der Tarifgemeinschaft der Länder. PDS und SPD sind stolz darauf, der städtischen BVG (Berliner Verkehrsgesellschaft) einen bundesweit einmaligen Tarifvertrag aufgezwungen zu haben: Er enthält **Lohnverzicht** und Streichung des Urlaubsgeldes.

Seit 2002 hat der Berliner SPD/PDS-Senat **rund 15 000 Arbeitsplätze vernichtet**. Viele Einrichtungen im Gesundheitswesen, in der Bildung, der Kultur und im Sozialbereich mussten schließen.

Die **PDS hat geholfen, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu privatisieren**, z.B. durch den Verkauf der GSW für 405 Millionen Euro an ein Konsortium der internationalen Fondsgesellschaften Whitehall (Goldmann & Sachs) und Cerberus. Folge: Mieterhöhungen, Verdrängung sozial schwacher MieterInnen. In Berlin wird die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) vom SPD/PDS-Senat in die Insolvenz getrieben, um an Puma Berlin-Brandenburg Limited verkauft zu werden. »Zunächst« soll »nur« ein kleiner Teil der Wohnungen verkauft werden, tröstet die PDS/Linkspartei aufgebracht AnhängerInnen scheinheilig. Tatsächlich wird der **landeseigene Wohnungsbestand brockenweise** verkauft.

Im **Bildungsbereich** profiliert sich die Regierungspartei PDS mit **rapiden Mittelkürzungen** an den Universitäten, Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Erhöhung der Kita-Gebühren. **Gleichzeitig fördert sie private Elitehochschulen.**

Die PDS ist mitverantwortlich für die Privatisierung der **städtischen Wasserbetriebe** zur Berlinwasser Holding AG. Der PDS/SPD-Senat sorgt sich rührend um die



Rendite der Käufer der Berliner Gas- und Wasserversorger. Aber die senken, wie nicht anders zu erwarten, die Kosten für Sanierung und Instandhaltung und erhöhen zugleich die Tarife der VerbraucherInnen.

Der Berliner **SPD/PDS-Senat zerschlägt das Gesundheitswesen in seit 1945 nie da gewesener Weise**. Große Teile des Krankenhauswesens sind inzwischen privatisiert. Neuer Träger ist die Firma »**Vivantes**« mit dem alternativ klingenden Zusatz »Netzwerk für Gesundheit«. Das sog. Netzwerk ist ein Konzern, dem Stück für Stück nahezu alle Bereiche der stationären Gesundheitsversorgung und Altenpflege in den Rachen geworfen werden.

Von 2003 auf 2004 wurden 39 Millionen Euro eingespart, zum größten Teil durch **Verzicht der 13000 Beschäftigten auf Weihnachts- und Urlaubsgeld**. Senat und Vivantes-Geschäftsleitung drohten denen, die nicht verzichten wollten, mit Kündigung.

Seit der Unternehmensgründung sind 2 000 Vollstellen und 500 Ausbildungsplätze gestrichen worden. Bis 2008 sollen noch einmal 1 800 Vollstellen und knapp 500 Ausbildungsplätze fallen. Die Beschäftigten werden erpresst: Insolvenz oder Lohnverzicht? Währenddessen streicht die Beraterfirma McKinsey ein Honorar von 2,7 Millionen ein.

Entlassungen und der drastische Abbau von Personal macht die Vivantes-Kliniken höchst attraktiv für die Profithaie. **Für die PatientInnen ist durch den Arbeitsstress des Krankenhauspersonals eine (lebens)gefährliche Situation entstanden.**

PDS-Privatisierung in Dresden

Die PDS/Linkspartei ist dafür verantwortlich, dass in Dresden **48 000 städtische Wohnungen** (»Woba Dresden«) für 1,7 Milliarden Euro an die US-amerikanische Investorengesellschaft Fortress verkauft wurden. Eine Mehrheit der PDS-Stadträte (9 von 17) verhalf dem Dresdner OB Rossberg (FDP) am 9. März 2006 zur Durchsetzung des Beschlusses im Stadtrat. **Ohne die PDS/Linkspartei wären die Wohnungen nicht verkauft worden!** Rund 100.000 MieterInnen werden dafür bezahlen.

Die verantwortlichen PDS-Stadträte denunzieren Kritik als »ideologische Debatte« und »haltloses Zeug über Neoliberalismus«, denn »wir sind in der Verantwortung« und haben im Stadtrat »eine linke Mehrheit« (Ronald Weckesser, PDS-Mitglied des Sächsischen Landtags und des Dresdner Stadtrats, jahrelang im Aufsichtsrat der Woba). – **Das meint die PDS/Linkspartei mit »links«!**

PDS-Privatisierung in Mecklenburg-Vorpommern

Auch in Mecklenburg-Vorpommern bleibt die PDS um jeden Preis in der Landesregierung. Die SPD hat ihr kürzlich mit dem Koalitionsende gedroht, falls sie der **umstrittenen Verwaltungsreform** (»Verwaltungsmodernisierungsgesetz«) nicht zustimmt. Dann wär' Schluss mit Minister- und Staatssekretärsposten und vielen anderen Privilegien. Prompt hat der PDS-Landesparteitag beschlossen, sich zu beugen. Es sollen im Landtag offensichtlich genau so viele PDS-Abgeordnete zustimmen, wie die Vorlage zum Erfolg braucht; der Rest der PDS-Abgeordneten darf Widerstand vortäuschen. Diesen »Ströbele-Trick« haben sie sich bei den Grünen abgeschaut.

Folgen der Verwaltungsreform: Eine **extreme Zentralisierung und Entmündigung von Gemeinden** (18 Landkreise

und kreisfreie Städte werden zu 5 Regionalkreisen zusammengelegt; Abbau von kommunaler Selbstverwaltung), eine **höhere Kostenbelastung für Kommunen** (»Kommunalisierung«) und massiver Personalabbau, also noch **höhere Arbeitslosigkeit**, die Zusammenlegung oder Auflösung von 100 Behörden und die **Privatisierung eines ganzen Bündels bisher öffentlicher Aufgaben**.

Praktisch alle Gemeinden protestieren gegen das Gesetz, das auch auf dem Mist von PDS-Arbeitsminister Holter entstanden ist. Aber **Mitglieder der PDS-Bundestagsfraktion** und der **Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt** haben ihre GenossInnen aufgefordert, dem Gesetz zuzustimmen, **um die Koalition mit der SPD nicht zu gefährden**.

Nun zu Oskar Lafontaine:

Die Linkspartei, **Reinkarnation** der PDS als gesamtdeutsches sozialdemokratisches Projekt, will eigentlich nur eines: Mitregieren und Machtteilhabe. Lafontaine ist keine Ausnahme. Er lobte 2001 die Koalitionsfähigkeit der PDS mit der SPD: »Die PDS Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesrat einem Steuergesetz zugestimmt, das vor allem das **Großkapital** um 30 Milliarden Mark im Jahr **entlastet**. Die schrittweise Integration der PDS ist nicht aufzuhalten.«

Oskar Lafontaine, so »links« er sich plötzlich gibt, ist **geübt auf dem Schlachtfeld der sozialen Grausamkeiten**. Er forderte (nur eine kleine Auswahl):

- 1988: Arbeitszeitverkürzung **ohne vollen Lohnausgleich**
- 1989: längere Maschinenlaufzeiten insbesondere durch **Wochenendarbeit**
- 1993, als saarländischer Ministerpräsident: **Erhöhung der Arbeitszeit** im öffentlichen Dienst
- 1998: **Arbeitszwang** und »strenge Regeln« bei der Zahlung von Sozialhilfe
- 1998: Gewährung sozialstaatlicher Leistungen, z. B. die Unterstützung Erwerbsloser, nur noch nach »Bedürftigkeit«, also **Abschaffung der Arbeitslosenversicherung** zwecks Senkung der so genannten Lohnnebenkosten
- 2003: **Heraufsetzung des »tatsächlichen Renteneintrittsalters«.**

Ist Lafontaine Kriegsgegner? Nicht grundsätzlich. Das **Bekennnis zur NATO** war 2001 seine Bedingung für eine mögliche Koalition der SPD mit der PDS: »Solange sie [die PDS] die NATO ablehnt, kann man mit ihr keine Außenpolitik machen.«

Lafontaine schleuderte **rassistischen Dreck**, als er verlangte, deutsche ArbeiterInnen vor »**Fremdarbeitern**« zu schützen. Er forderte schon **1989 die Abschaffung des Asylrechts**. Er befürwortete, wie Berlusconi und Schily, die Errichtung von **Flüchtlingslagern in Nordafrika**, die die EU finanzieren soll. Er lehnt den EU-Beitritt der Türkei ab und hält das strikte **Folterverbot** für »**Prinzipienreiterei**«.

Dies ist nur ein **Auszug** aus unserer Kritik. Also, werte PDS/Linkspartei-WählerInnen: Jammert uns morgen nicht die Ohren voll, dass Ihr das alles nicht gewusst habt! Spätestens jetzt wisst Ihr's. ■

Ausführlichere Kritik an der PDS/Linkspartei samt aller Quellen: www.oekologische-linke.de + www.oekolinx-arl.de
Weitere Infos & Kontakt: ÖkoLinX-Antirassistische Liste Glauburgstr. 20, 60318 Frankfurt/M.
Tel. 069/77 63 74, www.oekolinx-arl.de